

# Saale-Beitung.

Lebensmildersichter Jahrgang.

Anzeigen

Werden die 6 gehaltenen Besondere aber deren Stamm mit 20 Wp. solche aus Halle mit 20 Wp. berechnen und in unferen Anmahnstellen und allen Annoncen-Expositionen angenommen. Bekamen die Seite 75 Wp. für Halle auswärts 1 Wp.

Erscheint täglich einmal. Sonntags und Feiertags einmal.

Schreibleitung und Druck-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braunschweigstr. 17. Abrechnungsbüro: Markt 24.

**Bezugspreis**  
Der Halle vierteljährlich bei nachmaligen Zahlungen 2,50 RM., durch die Post 2,75 RM., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.  
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.  
Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur mit Kostenmarke „Saale-Zig.“ gestattet.  
Verleger: der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 170; der Abrechnung-Abteilung Nr. 1133.

Nr. 349.

Halle, Dienstag, den 29. Juli

1913.

**Bestellungen auf die „Saale-Zeitung“**  
werden unangesehen von allen Postanstalten und unseren Expeditionen angenommen.  
Der Verlag.

## Bauernstreik.

Dem Gedanken des Massenstreiks scheint eine starke suggestive Kraft inne zu wohnen, dafür spricht schon der Umstand, daß er immer wieder diskutiert wird, auch wenn seine Durchführbarkeit schon bei näherer Betrachtung hinfällig erscheint. Bis jetzt ist er eigentlich immer nur die Domäne der Theoretiker unter der Industriearbeiterschaft gewesen und diese gingen dabei von der für sie ganz selbstverständlichen Voraussetzung aus, daß es eigentlich nur die Industriearbeiterschaft ist, auf deren produktive Tätigkeit ein Volk, ein Staat auch auf längere Zeit verzichten kann. Man ist dabei den verschiedenen Seiten dieses Problems gar nicht nachgegangen, obwohl eigentlich von selbst einleuchtet, daß das Wort Generalstreik mehr bedeutet, als nur den Streik der Industriearbeiterschaft, daß er in Wirklichkeit und in vollem Umfange den Streik aller produzierenden Hände bedeutet den Kampf aller gegen alle, bei dem in letzter Linie die fremde Hilfsmittel oder Rohstoffe ihre Nahrung selbst produzieren können, es somit am längsten beim Streik aushalten könnten. Das sind die Landwirte.

Und es ist kein Zufall, wenn gerade jetzt gleichzeitig mit der Erörterung des Generalstreikproblems in der Sozialdemokratie dasselbe Schlagwort auch unter die Bauern geworden ist. Der bekannte bayerische Bauernführer und Zentrumsmann demokratischer Volkspartei, Dr. Heim, ist es gewesen, der auf einer von uns bereits aus anderen Gründen gewürdigten Bauernversammlung in Mering (Oberbayern) als erster die Frage eines Bauernstreiks zur Durchföhrung sozialpolitischer Forderungen aufgeworfen hat. Hypothetisch, theoretisch und aus einem besonderen Anlaß, als Antwort auf eine Massenstreikdrohung der Sozialdemokratie, wie er sich nachträglich entschuldigte. Gleichwohl, einmal aufgenommen, wird dieses Problem, das allzu verlockende Möglichkeiten vorgekauft, in den beteiligten Kreisen nicht mehr aus dem Gesichtskreis verschwinden, und darum lohnt es sich schon einmal für die, die zwischen dem harten sozialdemokratischen und dem noch härteren agrarischen Müßsein als Maßstab zerbauen werden sollen, der Gefahr etwas in die Augen zu sehen.

Dr. Heim sagte, nachdem er von den Opfern gesprochen hat, die der Bauernstand für das Heer zu bringen habe:

Die Sozialdemokraten fordern zur Erlangung besserer Lohnbedingungen oft ihre Leute auf, zu streiken. Wie wäre es denn einmal, wenn wir sagen würden, die Bauern sollen einmal streiken? Das klingt eigentlich, das wäre aber der leichteste Streik, den es gibt. Heute liefert der bayerische Bauernstand täglich drei Millionen Liter Milch zur Ernährung des Volkes in die Städte, in Deutschland sind es täglich 30 Millionen Liter Milch. Der Bauer ginge nicht zugrunde, wenn er vier Wochen lang keine Milch liefern würde, er könnte sie verbüttern und Schmalz maden und würde wenig dabei verlieren. Was aber würde das für die übrigen 37 Millionen der Bevölkerung ausmachen? Wenn wir das bei Beratung des Zolltarifs im Jahre 1917 den Bauern raten würden, so täten wir nichts anderes, als was uns andere schon vorgekauft haben.

Dr. Heim hat dann einem journalistischen Ausruager gegenüber keine menschenfreundlichen Bauernstreikideen weiter ausgesprochen.

Für Milch ist kein Ersatz möglich, denn die kondensierte Milch beträgt nicht annähernd 1 Prozent des gesamten Milchverbrauches und die Fabrikation ist auch nicht darauf eingerichtet, die Produktion schneller zu vergrößern. Wäre sie es aber, so wäre auch dieses Mittel hinfällig, da diese Fabrikation selbst wieder frische Milch zur Verarbeitung braucht. Die Folgen dieses Streites wären von ganz unberechenbarer Wirkung, besonders auf die Kinder und Kranken. Schon ein Streik von vierzehn Tagen würde genügen. Aber selbst die Humanität vorausgesetzt, die von Dr. Heim für seine Person als selbstverständlich erklärt wird, indem man den Krankenbauern das Nötige liefert, um einen Massenstreik zu verhindern, so würden die Folgen doch äußerst bedrohlicher Natur sein. Genau so steht es mit der Zurückhaltung von Fleisch. Jährlich liefert der deutsche Bauernstand an Großvieh drei Millionen Stück, zirka sechs Millionen Jungvieh und Fäbber und sechzehn Millionen Schweine. Dieser ganze ungeheure zeitlich verfügbare Viehbestand muß ruhig noch drei bis vier Wochen länger im Stall bleiben, ohne daß es dem Bauern beträchtlichen Schaden bringt. Der Bauer lebt doch noch immer größtenteils von der Naturwirtschaft und kann sich selbst viele Wochen ohne Austausch von Werten erhalten. Eine wirtschaftliche Gegenprüfung ist nach Dr. Heims Ansicht nur in einem beschränkten Maße möglich.

Wenn man diese Ideen steif und die Folgen eines solchen Streiks übersehen, möchte man, so schreibt das „Hbg. Fremdenblatt“, fast an Staaten verzweifeln. Es sieht aus, als lebten wir nicht in einer Volksgemeinschaft, in der einer für den anderen und in der Volksgemeinschaft jeder für sich schafft, sondern in einer in Auflösung begriffenen Gesellschaft, aus der jeder für sich noch möglichst viel zu erpressen versucht im Kampfe aller gegen alle, ohne dabei sich irgendwie um die Folgen zu kümmern, ob Hunderttausende, Kinder, Kinder, Greise, die nicht in öffentlichen Anstalten untergebracht sind, aus Nahrungsmangel sterben — nur dieser Ausdruck ist hier angebracht — oder nicht. Und diese Streikdrohung geht aus von einem Stande, der wie kein anderer sich der Fürsorge durch die Allgemeinheit, durch den Staat erfreut, der geradezu als das verhäßteste Kind des modernen Staates gelten kann. Aber glücklicherweise wird auch diese heimliche Stuppe — ein würdiges Gegenstück zur Rumfordischen Betsuppe — nicht so heiß gefessen, wie sie gefocht wird. Der Bauerndoktor hat die Rechnung doch ohne den Wirt, ohne den Staat, gemacht, der kaum einem solchen Bauernstreik so tatlos zusehen könnte und würde, wie Herr Dr. Heim meint. Eine wirtschaftliche Gegenprüfung würde vielleicht nicht in ausreichendem Maße möglich sein; um so leichter aber eine staatliche. So gut wie der Staat den Grund und Boden enteignen kann, so gut wie er zu Manöverzeiten oder gar zu Kriegszwecken Nahrungsmittel usw. einfach requiriert, ebenso gut würde er bei einem Bauernstreik die nötigen Lebensmittel requirieren können: Milch, Fleisch, was der Bauer hat, und was das Volk braucht. Den Industriearbeiter kann niemand zur Arbeit zwingen, es sei denn der Hunger. Der Bauer wird zur Arbeit gezwungen durch sein eigenes Interesse, und das Produkt seiner Arbeit heißt zum Zugriff des Staates dann offen. Oder will der Bauer kein Vieh nicht füttern, seine Kühe nicht melken, seine Wiesen nicht mähen, sein Getreide nicht ernten? Dann verdirbt ihm Vieh, Gras, Heu und Getreide, und den Schaden hat er selbst. Das ist der Unterschied zwischen dem Landwirt, dem Industriellen oder Gewerbetreibenden und dem Industriearbeiter: Der Industriearbeiter produziert für andere, er selbst erhält nur Lohn; streikt er, verdient er nichts, aber er produziert auch nichts, und genommen kann ihm nichts werden. Streikt der Industrielle, so verdient er nichts, er produziert zwar dann auch nichts, dem Staate bleibt aber der Zugriff auf Vorräte an Fertigfabrikat und Rohstoffen. Der Streik der Landwirte aber hätte überhaupt nur Sinn, wenn er nicht nur ein Verkaufs-, sondern auch ein Produktionsstreik wäre. Ein Produktionsstreik aber schädigt den Landwirt nur selbst. Das Vieh, das nicht gemolken oder gefüttert würde, würde frant und ginge ein; das Gras würde auswaschen, das Getreide auf dem Feld verderben, während ein stillstehender Fabrikbetrieb als solcher durch die Ruhepause nicht geschädigt würde.

Also, die Gefahr des Bauernstreiks verliert bei näherem Zusehen, wenn sich nur der Staat seiner Aufgabe bewußt bleibt. Und das wird er, denn daran sind alle nichtbäuerlichen Elemente interessiert, die bei uns etwa Dreiviertel der Bevölkerung ausmachen. Und es ist gut, so daß die Gefahr eines solchen Bauernstreiks nur eine eingebildete sein kann, denn die Landesprodukte sind nur einmal in n e b e n s t e i c h. Aber schließlich haben wir so kleine Machtproben vom Bauernstreik sogar schon gehabt: Mildkriege sind keine vereinzelten Erscheinungen mehr; sie haben aber als isolierte Erscheinungen bisher schon meist mit der Niederlage der Milchproduzenten geendet. Ein allgemeiner Bauernstreik wäre eines solchen Endes aber noch viel schneller gewiß. Not bricht bekanntlich Eisen. Aber symptomatisch ist es, daß ein demagogischer Bauernführer wie Heim mit solchem Feuer spielt, daß er der Landwirtschaft den Generalstreikbanken vorgekauft, während man der Landarbeiterschaft hartnäckig das Koalitionsstreik und damit in praxi auch das Streikrecht vorenthält. . . Ja, Bauer, das ist ganz was anderes.

## Auf dem Wege zum Frieden.

Bukarester Depeschen zufolge erklärte eine leitende dortige Persönlichkeit, die bulgarischen Delegierten hoffen zuversichtlich, daß die Verhandlungen der Vertreter der fünf Balkanmächte in Bukarest zum Frieden führen werden. Auch maßgebende rumänische Kreise sind derselben Meinung. Es soll ein einjähriger Friedensvertrag für alle Kriegführenden geschlossen werden, so daß es keinem Zweifel unterliegen kann, daß ein unter solchen Umständen abgeschlossener Vertrag von allen Mächten ratifiziert werden wird. Die Frage des Besizes von Kawaalla dürfte der schwierigste Punkt der Beratungen werden. Rumänien mißbilligt auf das entschiedenste das Vorgehen der Türkei, würde aber in keinem Falle seine Armees zur Verdrängung der Türken aus Adrianopel verwenden. Man glaubt in Bukarest jedoch in Bulgarien, daß die christlichen Staaten Frieden schließen und dann aus diesen Kräften imlande sein werden, die Türken aus Adrianopel zu verjagen. — Infolge Deharter Privatmeldungen aus sehr gut unterrichteter Quelle erklärte der rumänische Premierminister, die erste Aufgabe der Delegierten auf der neuen Friedenskonferenz würde eine Kollektivnote an die Mächte sein, die Türkei zu bewegen, die Ent-

schlüsse der Londoner Konferenz zu befolgen. Sollte die Türkei auch weiter hartnäckig sein, so droht die Balkan-Konfession, Konstantinopel zu besetzen, und die Türken aus Europa zu verreiben. Ferner steht nach Unterzeichnung des Präliminarfriedens ein Kongreß der Könige der Balkanstaaten bevor. Es soll ein Abkommen zur Erhaltung des Gleichgewichts auf dem Balkan getroffen werden.

Sollte die Fforte sich wirklich auf den Besch von Adrianopel verstehen wollen, so wird man das besonders in Deutschland, wo man der Türkei stets wohlwollend gesinnt war und es heute noch ist, gerade im Interesse der Türkei bedauern. Denn ihre Auffassung ist nicht haltbar. Sie ist es zunächst vom juristischen Standpunkte aus nicht, denn das Argument der Fforte, daß die dem Balkanbunde angehörigen Mächte den Vorfrieden von London gebrochen und dadurch ungültig gemacht haben, ist unzutreffend. Der Vorfrieden von London steht in der Hauptfache fest: eine neue Grenze gegen die Türkei und ein autonomes Albanien, dessen Grenzen von den Mächten bestimmt werden sollen. Die Aufstellung der von der Türkei abgetretenen Gebiete war den Balkanregierungen überlassen und, wenn diese bei der Teilung untereinander in Streitigkeiten geraten sind, so sind damit die Bestimmungen des Vorfriedens nicht ungeltehen; er sind die neuen Grenzen weder gegen die Türkei noch gegen das zukünftige Albanien verletzt worden. Wenn die Fforte in ihrem gemagten Spiel noch einige ruhige Überlegung bedarrt, wird es rechtzeitig einlenken und sich darauf beschränken, zwischen Enos und Midia eine möglichst günstige Grenzlinie zu erreichen zu suchen. Thrazien mit Adrianopel gehört definitiv zur Teilungsmasse der Balkanvölker, die trotz ihrer augenblicklichen Streitigkeiten untereinander auf der Gesamtheit des ihnen einmal abgetretenen Gebietes beharren würden, selbst wenn die Großmächte geneigt wären, den Vorfrieden von London als hinfällig zu betrachten. Daß dies aber nicht der Fall ist, darüber ist der Fforte schon heute kein Zweifel mehr gelassen. Es wird in den nächsten Tagen ein gleichzeitiger Schritt der Mächte in Konstantinopel stattfinden und es wird, falls dieser ohne Ergebnis sein sollte, über Zwangsmaßnahmen beraten werden.

Sie können wohl nur sekundärer Natur sein. Aus den Kreisen der bulgarischen Delegierten wird die Auffassung verbreitet, daß Bulgarien entschlossen sei, alles für eine möglichst rasche Beendigung der Beratung in Bukarest zu tun, deren Ergebnis nach bulgarischer Ansicht der Genuehmigung Europas bedarf, um rechtskräftig zu werden. — Rumänien hat seine Delegierten aus Nißch nach Bukarest zu überführen, ebenso haben die bulgarischen, griechischen und serbischen Vertreter in Nißch Order erhalten, sich nach Bukarest zu begeben, wo die Konferenz insofern mit den politischen wie den militärischen Punkten des Programms von Nißch beschäftigen wird. — Die maßgebenden serbischen Kreise in Belgradern Privattelegrammen zufolge ihre Delegierten beauftragt, möglichst nicht auf einen Präliminarfrieden einzugehen, sondern sofort auf den Abschluß eines definitiven Friedens hinzuwirken.

## Deutsches Reich.

### Vermögenserklärung und erste Einziehung des Wehrbeitrages.

Aus den vorliegenden gesetzlichen Bestimmungen über die Veranlagung und Vermögenserklärung für die Entziehung des einmaligen Wehrbeitrages ist zunächst nicht zu entnehmen, in welcher Weise die Behörden diese besonderen Steuerangelegenheiten handhaben werden. Wenn auch die entsprechenden Ausführungsbestimmungen des Bundesrats, durch die die ermüthete Verfügung gegeben wird, noch nicht erschienen sind, da sie erst in dem zuständigen Reichsstoff vorbereitet werden und dem Bundesrat im Herbst nicht nach seinem Zustimmung zur Beschlußfassung vorgelegt werden, so kann doch, wie die „Fgl. Rundschau“ hört, angenommen werden, daß die Steuererklärung bis zu einem bestimmten Termin im Januar abgegeben werden müssen. Erwägt man dann, daß in einzelnen besonderen Fällen Nachtritte gewährt werden, die sich auf den Februar 1914 erstrecken, so dürfte der Veranlagungsbescheid der Steuerbehörden zu dem einmaligen Wehrbeitrag dem Steuerzahler voraussichtlich im März zu gestellt werden. Die Zahlung muß dann in zwei Quartalen 1914 erfolgen. Die Fristen zur Abgabe der Vermögenserklärung werden nach den gesetzlichen Bestimmungen vom Bundesrat festgesetzt, und es kann erwartet werden, daß sie sich mit denen beden werden, die gegenwärtig allgemein bei der Veranlagung zur Einkommensteuer usw. geltend sind. Man wird demgemäß nicht fehlgehen in der Annahme, daß die Zustellung des Veranlagungsbescheides und die Erhebung des ersten Drittels des Wehrbeitrages gleichzeitig mit der üblichen Veranlagung und Steuererhebung für das Jahr 1914 durch die Behörden erfolgen wird, da hierdurch besondere Aufwendungen an Zeit durch die zuständigen Behörden erspart werden. Diese sind nach dem Gesetz durch die Landesregierungen zu bestim men, die gleichfalls darüber zu befinden haben, ob und in welcher Weise Gemeinden und Gemeindevorstände bei der Veranlagung und Erhebung des Wehrbeitrages mitzuwirken haben. Das zweite und letzte Drittel des Wehrbeitrages sind erst am 15. Februar 1915 und 1916 fällig. Ueber die Standungsbedingungen gibt § 51 des Gesetzes Aufschluß. Es ist bestimmt, daß, wenn die Einziehung des Wehrbeitrages zu dem gleichlichen Zahlungsfrist mit einer erheblichen Farte für den Beitragspflichtigen verbunden ist, der Betrag auf drei Jahre gestundet und die Ent-



mäßigung der Kosten diese zweckmäßige Spitzart auch den  
feinern Orten zugänglich gemacht werde.  
Es folgte ein kurzes Referat von den (Rapportweiser)  
über die Schaffung eines Reichsfeuerwehr-Museums. Zum  
nächsten Tagungsort im Jahre 1918 wurde Ströburg ge-  
wählt. — Damit war die Tagesordnung erschöpft und der  
Vorstand schloß die Tagung mit Dankesworten an die Teil-  
nehmer.

## Halle und Umgebung.

Salz, 28. Juli.

### Der Haushaltplan der Stadt Halle in den letzten 12 Jahren.

Die deutschen Städte haben, wie allgemein bekannt sein  
dürfte, in den letzten Jahren und Jahrzehnten eine gewaltige  
Entwicklung durchgemacht. Diese Entwicklung ist in der  
Zunahme der Bevölkerung dieses Aufstiehs deutlich zu sehen.  
Auf welchen Ursachen dieses Aufstiehs beruht, soll hier nicht  
untersucht werden, im wesentlichen ist es eine Folge der fried-  
lichen Entwicklung unseres Staatswesens und des Wirt-  
schaftlichen Aufstiehs in der zivilisierten Europa.  
Die gewaltige Entwicklung einer Stadt läßt sich am  
besten an den Zahlen ihres Haushaltplanes erkennen, der  
den Verwaltungsbereich insofern mit umfaßt, als die ver-  
anschlagten Zahlen des jeweils neuen Haushaltplans sich  
größtenteils auf den Etat der Stadt beziehen und des Durch-  
schnitts der drei letzten Jahre zu gründen pflegen.

Aus dem Haushaltplan geht folgendes alles oder doch  
fast alles Resultate und die wichtigsten hervor, er orientiert am  
schleunigsten über den Lebensbetrieb und die mannigfaltigen  
Zweige der öffentlichen Verwaltung und einer solchen,  
die auf dem Wege ist, es zu werden.

Der Haushaltplan unserer Stadt untersteht sich von  
vielen anderen sehr vorteilhaft durch seine Klarheit, Ordnung,  
die eine große und leichte Uebersichtlichkeit ermöglicht.  
Er beginnt, wie üblich, mit den Ergebnissen der Rech-  
nung des Vorjahres und beginnt dann als weitere erfreuliche  
Nummern aus seinem großen Strauß die Uebersicht über das  
Gesamteinkommen mit 274 443 M. Ueberschuss, die fälligen  
Berechtigungen, wie Gehältern, Anerkennungsgeldern und  
ähnliche Gefälle, mit 46 649 M. Ueberschuss, und dann kommt  
das wichtige und hochinteressante Kapitel von den gewinn-  
bringenden Unternehmungen, welche beispielsweise für 1913  
nennenswert mit 1 103 230 M. Ueberschuss veranschlagt sind.  
Nennst man hierzu den Ueberschuss der Jahresrechnung von  
1911 mit 1 245 514 M., so möchte man meinen, die Summe  
von 2 337 754 M. M. wüsste man schon einstmals zur  
Deckung kommunaler Ausgaben vorhalten. Das dem aber  
nicht so ist, beweist ein Blick auf die Ausgaben für das  
Schul- und Bildungswesen, welches einen Gesamtzuschuß von  
2 477 055,75 M. erfordert, also mehr, als was der ganze  
Ueberschuss der Rechnung 1911 und der gewinnbringenden  
Unternehmungen zusammen ausmacht. Den Ueberschuss an  
diesen Schulzuschüssen ergibt naturgemäß die Voll-  
kosten mit 1 358 094 M. (+ 72 240 M. für die fälligen  
Zuschüsse), dann kommen die Zuschüsse mit 375 220 M.,  
Zuschüsse des Stadtkommunium mit 147 215 M. und die Ober-  
realschule mit 136 825 M. Zuschuß, das Reformrealgym-  
nasium bedarf zurzeit nur eines Zuschusses von 40 220 M., weil  
es noch in der Entwicklung ist. Der Rest des Zuschusses  
verteilt sich auf Lyzeum und Studienanstalt mit 81 970 M., die  
Frauenschuule mit 4920 M., die Hülfschule mit 70 770 M.,  
die Handwerkerchule mit ca. 38 000 M., die gewerbliche und  
kaufmännische Fortbildungsschule mit zusammen rund 68 000  
M. und die Handels- und Gewerbeschule für Mädchen mit  
9060 M. Zuschuß.

Hierbei darf nicht übersehen werden, daß die Schulkosten  
der Stadt Halle noch viel bedeutender sein würden, wenn  
nicht die verschiedenen Schulen und Schularbeiten der Fran-  
cösischen Stiftungen vorhanden wären, in denen mehreren tausend  
Schülern und Schülerinnen alljährlich unterrichtet wird.  
So ist es erklärlich, daß zur Deckung der übrigen kommunalen  
Ausgaben noch weitere gewaltige Mittel nötig sind.  
Da ist in erster Linie zu nennen die Allgemeine Verwaltung,  
aus welcher unter anderem die Gehälter für den Magistrat  
und die Beamten der Stadt gezahlt werden, besoldeten die  
Verwaltungen für Arbeitsstelle in den Bureaus, die Ruhe-  
und Gnadengehälter einfließen, der Witwen- und Waisenpension,  
sowie die Unterhaltungen und Pensionen.  
Die Allgemeine Verwaltung erfordert für 1913 einen  
Gesamtzuschuß von 470 477 M. Fast doppelt so groß aber ist  
der Zuschuß, der für das fällige Armen- und Pflanzwesen  
zu leisten ist, mit 802 350 M. Das sind Summen für einen  
Spezialteil des hiesigen Hauptetats, mit denen anderweit, in  
kleineren Orten, der gesamte Etat in Einnahme und Aus-  
gabe balanciert, hier vergrößert allein die fälligen Armen-  
fürsorge einen Ausgabegehalt von 981 570 M., also  
fast eine Million, ein Betrag, dem nur eine relativ geringe  
Einnahme von etwa 180 000 M. gegenübersteht, so daß, wie  
sagte, ein Gesamtzuschuß von 802 350 M. zu leisten ist.  
Das Bauwesen der Stadt, mit anderen Worten das Hoch-  
bauamt und das Tiefbauamt einfließen, der Kanalisation er-  
fordert einen Zuschuß von 418 788 M., ein Betrag, der noch  
weit höher wäre, wenn nicht durch die Kanalbenutzungsgebühr  
in Höhe von 1,2 Proz. des Nutzungswertes fast 300 000 M.  
als Einnahme zu verzeichnen wären.

Daß die Reinigung der fälligen Straßen und Plätze  
271 600 M. und die Beleuchtung derselben 370 354 M. Zu-  
schuß nötig macht, wird ebenfalls manchem schon ungläubig  
dünken, dazu kommt noch die Gartenverwaltung mit 139 256  
M., ferner das so wichtige und leider viel zu wenig ge-  
schätzte und benutzte kulturelle Amt unserer Stadt mit 21 500  
M. Zuschuß und endlich ein Zuschußausgabe von 161 958  
M. für gemeinnützige Zwecke und 213 469,45 M. unter  
Insgesamt.

Nicht erwähnt sind bisher das Museum mit 23 040 M.  
Zuschuß und das Stadttheater mit 38 620 M. Zuschuß, eine  
Summe, die sich wohl fast sehr erheblich steigern wird. Unsere  
Nachbarkreis Leipzig zählt eine Zuhube zum Betriebe ihrer  
fälligen Theater von rund 800 000 M., hat aber dafür  
eigene Regie und einen fälligen Antebau.  
Was wollen, so fragen wir, solchen Millionenzahlen gegen-  
über, die die Einnahmen aus dem Gas- und Elektrizitätswesen,  
dem Wasserwerk und Schlachthof usw. bedeuten? Und dabei  
sind die Summen, die den Schuldendienst unserer Stadt mit  
einem jährlichen Zuschuß von über 1 1/2 Millionen erfordert,  
ferner die Million Zuschuß für die Folgeverwaltung,  
539 721 M. Zuschuß für Staats- und Provinzialanlegenheiten  
und 4867 M. für das Kirchenwesen noch gar nicht in  
Betracht gezogen.

Nach solchen Zahlen kann es nicht wunder nehmen, daß

über 6 Millionen Mark Steuern erforderlich sind, ja es ist  
vielmehr direkt vernehmlich, daß wir in Halle mit einem  
Staatssteuereinkommen von 156 Proz., 185 Proz. fälliger  
Städtischer Gewerbesteuer und 5,57 Proz. fälliger Grund-  
steuer auskommen.

Der Vollständigkeit wegen heute nur noch die Gesamt-  
summe unseres fälligen Etats, er balanciert in Einnahme  
und Ausgabe mit 13 007 300 M.  
(Der nächste Artikel wird insbesondere das Ver-  
hältnis der Jahre 1901—1912 behandeln.)

### Eisenbahnunglück.

Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich Montag  
mittag kurz vor 12 Uhr unweit der Station Nauendorf.  
Ein Güterzug entgleiste; die Lokomotive, ein Kohlen-  
wagen und fünf Waggons fielen um. Zwei Wagen sind  
demoliert. Ein Schaffner wurde schwer, vier andere Beamte  
leicht verletzt. Der Schwerverletzte wurde in die Klinik nach  
Halle gebracht.

Dazu geht uns folgender amtliche Bericht zu:

Bei der heutigen Einfahrt des Güterzuges 6027 in den  
Bahnhof Nauendorf entgleisten aus bisher noch  
unbekannter Ursache die beiden Zugmaschinen und fünf  
Wagen, wobei ein Schaffner schwer verletzt und  
zwei Wagen stark beschädigt worden sind. Der Zug-  
verkehr wurde nur unwesentlich beeinträchtigt.

Schlussverhandlung des Vereins für fällige Volksunter-  
richtsarbeiter. Der Verein für fällige Volksunter-  
richtsarbeiter hielt am 27. Juli im Saale der Stadt Halle  
eine öffentliche Sitzung ab, in welcher der Bericht über die Tätigkeit des Vereins  
im verflochtenen Sommerhalbjahr. Wie alljährlich ist auch  
in diesem Sommer ein Zurückgehen der Teilnehmerzahl gegen das  
Wintersemester zu verzeichnen. Im ganzen fanden 20 Kurse mit  
184 Teilnehmern statt, davon waren 19 Männerkurse mit 130 Teil-  
nehmern und 10 Frauenkurse mit 54 Teilnehmerinnen. Auf-  
seherlich der Kurse wurden sieben Vorträge durch die Redner  
des Vereins im Anatomischen Museum und im fälligen Kurs-  
saal gehalten. Aus dem Kreise der Hörer sind wieder-  
holt Wünsche um Erweiterung der Unterrichtsfächer geäußert  
worden; besonders die Aufnahme von Wärgen und Gefäßlehre  
wurde gewünscht. Da die Säuglinge jedoch unbedingte Neutralität  
in allen politischen und religiösen Fragen vorzuschreiben, mußte  
von der Aufnahme dieser Fächer abgesehen werden. Nach dem  
Bericht der Redner wurden einige wichtige Angelegenheiten  
angehendigt wurde die Verammlung geschlossen.

Abgemindert kann mancher Schaden werden durch die post-  
liche Einrichtung der „Diensttelegramme“ des Publi-  
kums, welche zu wenig bekannt ist. Der Absender oder Empfänger  
oder eine bevollmächtigte Person können über ein be-  
fordertes oder in der Beförderung begriffenes Telegramm gegen  
Zahlung der Gebühren Auskunft einholen. Bestimmungen treffen  
— Text oder Adresse fortzusetzen — oder Wiederholungen fordern.  
Die Behördungen zulassen diese Aufträge auf dem Postwege oder  
telegraphisch aus; die Gebühr beträgt im ersten Falle 20 Pf. für  
Inland, im anderen Falle die gewöhnliche Telegrammgebühr.  
Für eine Antwort ist die gleiche Gebühr zu entrichten. Beim  
Zurückgehen von Telegrammen nach dem Ausland wird die Ge-  
bühr fälliger Telegramme für nicht durchlaufene Strecken an-  
teilhaftig erlassen.

Brandversicherungsverein (Vater: Pastor Helmke). Mitt-  
woch, den 20. Juli, „Mittlere Abteilung“ im Saale. Vermin-  
dung (St. Augustin) und wird über den hohen Anstieg ge-  
sprochen werden, welcher die Mitglieder vom 1. bis 3. August nach  
Thüringen führen wird.

Ueber einen eigenartigen Autounfall, der sich kürzlich auf der  
Mittelener Chaussee ereignete, wird uns folgendes mitgeteilt:  
Ein Auto mit Injalen fuhr des Nachts, um außerhalb kommend,  
nach Halle. Plötzlich brach ein etwas auf das erlöschende Auto  
und wurde zurückgeworfen, es wurde neben dem nicht wenig er-  
schrockenen Chauffeur. Derselbe brachte das Auto zum Stehen und  
sorgte nach der Veranlassung. Am Erdboden lag ein Reh mit  
aufgeschlagenem Rande, es war tot. Der Chauffeur fragte über  
die Ursache nach und wurde endlich durch den Mann, der das Reh  
nach Anlangen eines Wotterverbandes nach der Klinik vertrieb.  
Es stellte sich hier heraus, daß das eine Uwe schwer verletzt war,  
ob ihm die Schraffe erhalten blieben wird, steht noch dahin. Die  
Veranstalter erließen keinen Anhalt, man nimmt an, daß das Tier  
durch die Richter gehalten, gegen die Gefahr gebrungen und  
von diesem aufgenommen ist. Der Druck hat es dann gegen den  
Chauffeur geschleudert, dessen Schutzhülle war ganz mit Blut be-  
deckt. Vermutlich ist man nun in einen solchen Fall niemand  
machen. Die Besetzung ist wahrscheinlich gegen Unfall versichert. Das  
Auto gehört einem hiesigen Unternehmer, die Injalen waren  
Holländer.

Gestohlen wurden: in der Zeit vom 20. bis 26. Juli 2 weiße  
Deckel und 2 Koffeinflaschen, ein M. B.; 2 weiße Kinder-  
schuhe, ein M. B.; ein weißes Besen, ein B.; sechs  
weiße Besen, ein M. B.; ein weißes Besen, ein M. B.;  
ein B. und ein B.; 6 weiße Besen, ein M. B.; 4 bunte  
Handtücher, ein M. B.; 2 bunte Herrendenken, ein M. B.;  
2 blaue Kinderkoffertunterhosen; ein blauer Schwiber; 2 Schürzen;  
2 Wischtücher; am 23. Juli ein Herrenrad, Marke „Roma“,  
Nr. 224 289, schwarzer Rahmen, gelbe Besen, hochgehobene Ven-  
tillierung; am 26. Juli aus einem Hotel 3 Paar weiße, Herren-  
schliefen und 1 Paar dunkle Damenstrümpfen.  
Am 26. Juli ein Herrenrad, Marke und Nummer unbekannt,  
Rahmen und Besen schwarz, Hefengelegene Lenktaube, der vordere  
Wartel auffallend viel ausgebaut; eine Solistife, 1,75 Meter  
groß, aus „C. 462“, mit verschleißfarbigen Preispapier-Kollekten.

## Gerichtsverhandlungen.

Ein Todesurteil. Das Schwurgericht in Freiburg i. B.  
verurteilte den Bäcker Nepling aus Baden wegen Ermor-  
dung des achtmonatigen unehelichen  
Kindes seiner Frau zum Tode und die Frau wegen  
Beihilfe zu sieben Jahren Zuchthaus. Das Kind war  
1909 auf deutschem Rheingebiet ertränkt worden.

## Provincial-Nachrichten.

### Eine Konzeptionsnovität.

Nordhausen a. S., 28. Juli. Ueber eine merkwürdige Kon-  
zeptionsnovität in Schwarzburg schreibt man der „Nordh. Sta.“.  
Vor verschiedenen Jahren tauchte bei in Nordhausen wohnhafte  
Landwirtsch. Dr. E. in Nordhausen. Der Sohn, ein Daus,  
woran, was er nicht wußte, die Schanffonsien rubte. Er  
mußte aus die diesbezüglichen Steuern zahlen. Als er dies ge-  
wahr wurde, verpackte er das Grundstück an eine Brauerei aus  
Candorsbäumen, die eine Wirtschaft einrichtete und einen Pächter  
hineinleitete. Da aber vom Gemeinderat angenommen wird, daß  
das Gemeindegeldhaus, bei dessen Veranlassung traurige Ver-  
schöpfung nicht bestand, durch Schäden erlitten würde, so wird

jeder Einwohner des Ortes, der in der betreffenden Wirtschaft  
verkehrt, somit der Wirtschaft, der den Schaden zu ersetzen hat,  
mit einem Strafmandat bestraft. Es wurde dagegen geltend gemacht,  
daß der Schaden durch den Tod des Kindes entstanden sei, was  
nicht der Schaden des Kindes ist. (Jedenfalls steht dieses Verur-  
teil, wenn es sich so verhält, einseitig da!)

### „Dr. Schliebe“.

Halle, 28. Juli. Vor der Strafkammer  
wurde demnach gegen den Heiratsschwindler Eugen  
Thieringer alias Dr. Schliebe verhandelt werden, der hier  
besonders durch seine sensationellen Schwindelbeuten in Langen-  
salza Aufsehen erregt hat.

### Verhängnisvolle Blüßflüge.

Weißenfe (Thüringen), 28. Juli.  
In Schiffschlag gestern während eines Gewitters der  
Blüß in eine Gruppe von Arbeitern. Zwei polnische Arbeiter  
wurden getötet. Die Frau des einen Getöteten wurde voll-  
ständig getötet.

### Lotzau, 28. Juli.

Am Sonnabend nachmittag wurde in Brottitz der 22  
Jahre alte Landwirtssohn Enald Ziller vom Blüß erschlagen.

Blüß, 28. Juli. (Infall.) Unweit von Schladitz  
befand sich ein Radfahrer, welcher nach Leipzig zutrafte, als  
plötzlich ein Unwetter einbrach. Um Schutz zu finden, fuhr er  
in solcher Eile einem Voller zu, daß er dabei einen Chauffeur  
überfahren und mit voller Wucht dagegenfuhr. Er wurde  
vom Rade in den Graben geschleudert und zog sich hierbei  
Verletzungen am Knie zu, ebenfalls wurde das Rad am Vorderteil  
beschädigt.

Blüß, 28. Juli. (Gewitter mit Hagel-  
schlag.) — Schadenfeuer.) Heftige Gewitter entluden  
sich über unserer Gegend. Gewaltige Regenmengen, die am  
Sonnabend mit Hagel vermischt waren, gingen nieder.  
Wesentlich Schaden wurde durch den Hagel jedoch nicht an-  
gerichtet. — Ein Blüßschlag traf einen Mann der elektrischen  
Straßenbeleuchtung, ein anderer die Marienkirche, jedoch ohne  
zu tödnen. Der hiesigen Gegend die sehr unter Regenmangel  
zu leiden hatte ist der reichlich gefallene Regen von großem  
Nutzen. — Am Dorfe Freyroda brach in einer Scheune des  
Gutsbesizers Helm Feuer aus, durch das die Scheune mit  
Inhalt vollständig eingestürzt wurde. Den zahlreich erlosch-  
nen Feuerwehren gelang es, der Brand auf seinen Herd  
zu beschränken. Ein achtjähriger Junge soll das Feuer an-  
gelegt haben.

Wittenberg, 28. Juli. (Durchgegangene Pferde.)  
Wesern gingen hier zwei vor eine Drechsmaschine ge-  
spannte Pferde durch. Sie rannten einen Baum um und  
zertrümmerten einen von Kindern gezogenen Handwagen.  
Die Kinder konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Wittenberg, 28. Juli. (Verhaftet.) Unter dem  
dringenden Verbot, während der Zeit seiner Befähigung in  
den Sprengstoffwerken hier in geradezu unbefindlicher Weise  
gestohlen zu haben, wurde nach erhaltener Anzeige bei dem jetzt  
in Wittenberg wohnhaften Chauffeur Brand eine Durch-  
suchung vorgenommen und dabei für 1500 Mark der ver-  
schiedensten Gegenstände beschlagnahmt. Es steht zwar noch  
nicht zweifellos fest, daß alles hier gestohlen ist, jedenfalls  
aber konnte sich B. nicht über den rechtmäßigen Erwerb aus-  
sprechen. Er wurde verhaftet und in das Gerichtsgefängnis  
hier eingeliefert.

Quedlinburg, 28. Juli. (Einen Verletzung  
erlegen) ist der Maurer Otto Seidel, der zu Anfang des  
Monats nach dem Besuch des Reichstags sich am Langenberg  
auf eine Mauer zum Schlafen niedergelegt hatte und dabei  
im Schlaf abgestürzt war. Er hinterläßt eine Witwe mit  
drei unmündigen Kindern.

Mernsen s. Wehe, 28. Juli. Nachdem am Donner-  
stag morgen 10 Uhr in geringer Höhe ein Freiballon unserer  
Ort überflogen hatte, haben wir am Freitag früh einen  
Flieger. Vorgehen früh 6 Uhr hatten wir das Vergnügen,  
das Luftschiff „Victoria Luise“ in der Richtung Leipzig—  
Gotha dahinfliegen zu sehen. Es ist dies das erste Luftschiff,  
was unseren Ort in unmittelbarer Nähe überflog.

3. Heftigkeit, 28. Juli. (Ein Fußballwettkampf)  
land heute nachmittag auf dem hiesigen Sportplatz zwischen der  
1. Fußballmannschaft des Magdeburger Winter-V. 04. und der  
1. Mannschaft des Fußballclubs „Preußen“-Heftigkeit 04. hat,  
bei welchem die Wintermannschaft mit 5:2 siegte.

Wittenberg, 28. Juli. (Diebstahl.) Diebstahl  
wurden, die für eine Leinwand der Weberlandbank bestimmt  
waren, sind gestohlen worden. Es ist bekannt, daß der oder die  
Diebe es versuchen, ihre Beute an den Mann zu bringen.

Stadtfeldens, 28. Juli. (Wilder Radler.) Ein Rad-  
fahrer aus Unteralta übernahm in Weimar ein Schulmädchen. Dem  
Kind sind beide Beine gebrochen. Der gewissenlose Radfahrer  
leiste, wie die Vernehmungsaussagen mitteilen, das Kind an die  
Seite der Straße und verbot ihm, von dem Unfall etwas zu sagen.  
Der Name des Radfahrers ist jedoch ermittelt, und wird jedoch  
falls strafrechtlich gegen ihn vorgegangen werden.

Sangerhausen, 28. Juli. (Mittelschiff.) Trotzdem nach dem  
Rechtsgesetz vom 28. Juli 1913 Mittelschiffen nicht gestohlen  
werden eingegangen werden dürfen, sind in den letzten zwei Wochen  
zahlreiche prämierte Mittelschiffe hier abgehoben oder  
eingefangen worden. Für die Ermittlung der Täter ist eine an-  
gemessene Belohnung ausgesetzt worden.

Vernburg, 28. Juli. (Sperdoraende Leinwand  
ein junger Briefkauf.) Ein Taubenliebhaber in  
Sommer-Linden erwarb kürzlich von einem hiesigen Tauben-  
züchter in der Vornstraße eine 9 Wochen alte Mittelschiffen,  
die nach dem Verlust etwa 4 Wochen ausgeflogen war, 5 bis  
6 Tage auf dem neuen Schläge eingewöhnt, wurde das Tierchen  
am 2. Juli freigelassen, und der neue Besitzer war sehr betrübt,  
es am Abend nicht mehr vorzufinden; es war nach Vernburg  
zurückgefliegen. Ohne jede Verlobung, ohne jeden  
Reisegehalt hat die junge Taube die ca. 150 Kilometer weite  
Strecke zurückgelegt.

Camburg, 27. Juli. (Somme Gemeinde) wurde  
gestern der Antrag des Turnvereins, der Turnunterricht  
verbindlich als Fortbildungsschulunterricht einzuführen und  
dem Turnverein zu übertragen, dem Gemeinderat vorgelegt gegen-  
über, dessen Bescheid eine landesgesetzliche Regelung ab-  
warten, — Aus der Niederschreibung der fälligen Sparkasse,  
wofür dem Gemeinderat vorgeschrieben, was zu erledigen, daß die  
Kasse einen Reingewinn von 43 000 M., aber auch an Effekten  
einen Rückverluft von 28 000 M. aufweist. — Zur Aus-  
schüttung des Gemeinderatszimmers mit Wärgen sollen  
fällige Mittel nicht verwandt werden; aus Gemeinderats-  
freien wurden 1000 M. zu dem Zweck geteilt.

Zweimen, 28. Juli. (Blüß.) Bei dem Sonnabend nach-  
mittag hier niedergegangenen Gewitter hefte ein Blüßschlag  
die zu dem Rittergut Köstlich gehörende Felschneise in





